

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **57 (1977-1978)**

Heft 5

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI

Grenzen und Erfolg einer «Kulturrevolution»

Man kann, rückblickend, mit einigem Recht sagen, die Türkei sei das erste Land der Dritten Welt gewesen, in dem versucht wurde, eine «Kulturrevolution» durchzuführen. Dieser Begriff ist allerdings erst im Zusammenhang mit bestimmten Vorgängen im China Mao Tsetungs aufgekommen. Wenn wir ihn hier dennoch anwenden, ist es geboten, zuerst einmal abzuklären, worin sich die Reform des Gründers der Türkischen Republik, Kemal Atatürk, auf die damit Bezug genommen wird, einerseits von der chinesischen (oder auch russischen) Revolution unterscheidet, andererseits von gewissen neueren Revolutions- oder Reformbewegungen in der nahöstlichen Region, wo man da und dort (so etwa in Libyen) seit einiger Zeit begonnen hat, sich selber als «kulturrevolutionär» zu bezeichnen.

Atatürk und Mao

Was den Vergleich mit Mao betrifft, ist natürlich in erster Linie festzustellen, dass Atatürk kein Kommunist und überhaupt kaum vom Marxismus her beeinflusst war. Zu den Grundprinzipien Atatürks, die im Emblem der von ihm gegründeten Republikanischen Volkspartei mit sechs Pfeilen symbolisiert sind, gehört zwar neben Nationalismus, Laizismus, Republikanismus, Populismus und Reformismus auch der Etatismus, worunter staatliches Unter-

nehmertum zu verstehen ist. Dieser Grundsatz zielte aber offenbar nicht auf eine Aufhebung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln, sondern war eher in dem Sinne zu verstehen, dass in einem Land, in dem es keine starke privatunternehmerische Tradition gab, eben der Staat einzugreifen oder einzuspringen habe, um die erwünschte Industrialisierung herbeizuführen oder voranzutreiben. Die Vorbilder, denen sich nach Atatürks Willen die Türkei angleichen sollte, waren die westeuropäischen industrialisierten Nationalstaaten, und zwar nicht nur in technisch-wirtschaftlicher, sondern auch in politischer, gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht. Auch diesbezüglich war Mao ganz anders eingestellt: Das Bestreben der chinesischen Kommunisten geht zwar ebenfalls darauf aus, im Technischen das Niveau Westeuropas oder Amerikas zu erreichen; doch waren oder sind ihnen die westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und westliche Sitten wie (besonders in der eigentlichen Kulturrevolution) überhaupt westliche «Kultur» ein Greuel. Eine Parallele zwischen Atatürk und Mao ist hingegen in beider Einstellung zur Tradition ihrer eigenen Völker zu erkennen: Beide hielten eine Durchbrechung von Überkommenem auch in kultureller Hinsicht für eine Voraussetzung des Gelingens der Reform beziehungsweise der Revolution. In dieser Beziehung war vielleicht Ata-

türk persönlich kaum weniger radikal eingestellt als Mao – radikal allerdings in der Praxis vorwiegend nur im Bereich von Staat und Gesetz, während im übrigen (abgesehen etwa vom Verbot der Polygamie oder der Abschaffung von Schleier und Fez) in der neuen Türkei eigentlich jeder nach seiner eigenen Façon selig werden konnte und kann, was für die grosse Mehrheit der Türken zunächst hiess: weiterhin nach der traditionellen Façon. Liberalität des Staates gegenüber dem Privatleben der Bürger gehört ja gerade mit zur Idee eines laizistischen Staates nach westeuropäischem Vorbild; und das heisst auch Liberalität gegenüber der Religion als Privatsache. In der kemalistischen Türkei ist (oder war) zwar der Islam aus dem staatlich-öffentlichen Bereich verbannt; aber die Religionsausübung war immer frei – obwohl, wie berichtet wird, Atatürk es persönlich als ärgerlich empfand, wenn er die Türken in die Moschee gehen sah. Ebenfalls kaum verändert wurden durch die Reform Atatürks als solche die Eigentumsverhältnisse und die Gesellschaftsstruktur, besonders auf dem Land.

Arabische «Revolutionen»

Hinsichtlich der Abwendung von der Tradition des eigenen Volkes gibt es also Parallelen zwischen Atatürk und Mao – wobei natürlich für China wie für die Türkei gilt, dass kein Volk einfach über seinen Schatten springen kann, das heisst, dass der chinesische Kommunismus wohl immer etwas spezifisch Chinesisches haben wird, mag er sich noch so laut auf Marx und Lenin berufen. Jedenfalls aber beriefen

sich Atatürk wie Mao auf «Nicht-Eigenes»; sie machten Nicht-Türkisches beziehungsweise Nicht-Chinesisches zu ihrem Ideal. In diesem Punkt unterscheidet sich die Haltung arabischer Nationalisten und Revolutionäre oder Reformer wesentlich von derjenigen Atatürks wie auch Maos. Abdel Nasser etwa war zwar von marxistischen Ideen beeinflusst, hat sich aber kaum je offen dazu bekannt, sondern vielmehr betont, sein Sozialismus sei spezifisch arabisch, nicht nur den besonderen Verhältnissen Ägyptens oder der arabischen Welt angepasst, sondern in der arabischen Tradition, im Koran geradezu vorgezeichnet. Ähnliches liesse sich von Boumediène sagen. Ausser Bourguibas Tunesien hat kein arabischer Staat beispielsweise das muslimische Familienrecht ganz durch «modernes», an Europa orientiertes Recht ersetzt. Doch Bourguiba, der von allen arabischen Führern wohl am meisten Ähnlichkeit mit Atatürk hatte, liess gelegentlich verlauten, dieser sei bei der Modernisierung seines Landes zu abrupt vorgegangen. Derjenige arabische Staatsoberhaupt aber, in dessen Land heute am meisten von «Kulturrevolution» gesprochen wird, Qadhafi, scheint darunter in erster Linie eine Wiederherstellung der arabischen Tradition, allerdings in einer angeblich ursprünglichen Reinheit zu verstehen. So führt er beispielsweise sogar das muslimische Strafrecht wieder ein. Er hat in der Öffentlichkeit alle nicht-arabischen Aufschriften, den letzten lateinischen Buchstaben ausmerzen lassen, sucht sein Land gegen alle europäischen, überhaupt gegen alle fremden Einflüsse abzuschirmen und möchte wohl am liebsten gar nichts «Kulturelles» von aussen hereinlassen – ausser der mo-

dernen Technik. Qadhafi ist ein Extremfall. Es gibt aber ähnliche Tendenzen auch anderswo, so etwa die Betonung der eigenen, arabischen «personnalité» in Algerien. Das Problem, welches sich hier stellt, lässt sich etwa durch die folgende Antwort des Direktors eines Instituts in Algier, das sich mit traditioneller Musik befasst, auf die Frage illustrieren, wie sich der Konzertflügel in seinem Büro, darauf aufgeschlagen Bachs «Wohltemperiertes Klavier», mit der Zwecksetzung seiner Arbeit vertrage: Die algerische Musik, so sagt er, müsse auf die Höhe der Zeit gehoben werden, und das sei nur unter Aneignung des europäischen harmonischen und kontrapunktischen «Handwerks» (der Technik also) möglich; der Gehalt aber werde rein algerisch sein. Es ist kaum anzunehmen, dass solche Fragen Atatürk und seinen Mitarbeitern Sorgen bereiteten. Wo aber arabische Revolutionäre gegen eingeseßene Bräuche und Verhaltensweisen vorgehen, tun sie es unter der Begründung oder dem Vorwand, sie träfen damit nicht die echte Tradition, sondern eine unter dem Einfluss des Kolonialismus (oder auch der Osmanen) verdorbene.

Einwände

Man könnte allerhand Reflexionen darüber anstellen, warum es in den zwanziger Jahren zu einer auch im Kulturellen so vorbehaltlosen Zuwendung eines aussereuropäischen Staates zum Abendland kommen konnte wie derjenigen Atatürks, während heute so etwas in der arabischen Welt und wohl auch sonst weitherum in Asien und Afrika fast undenkbar scheint. Und

man könnte ferner darüber reflektieren, ob nicht letztlich die kulturell eher traditionalistisch eingestellten Staaten etwa zum gleichen Resultat gelangen werden, indem bei ihnen die Anpassung an die moderne Technik ein Aufgeben traditioneller Verhaltensweisen von selbst herbeiführt, während in der Türkei der kemalistische Modernismus als solcher nicht in die Breite gewirkt hat und so auch hier erst Technisierung und Industrialisierung die eigentliche Modernisierung des Lebens herbeiführt. So gesehen wäre die Bedeutung von Atatürks «Kulturrevolution» recht gering einzuschätzen. Und es fehlt denn auch nicht an Stimmen, die sie sogar geradezu negativ beurteilen und behaupten, sie habe eher «kontraproduktiv» gewirkt, weil sich in Reaktion auf den kemalistischen Modernismus ein besonders starres Verharren in Traditionen ergeben habe oder weil der türkische Islam, vom Staat in die Ecke des rein Privaten gestellt, keinen Reformgeist habe entwickeln können und so erst recht zu einem Element des Rückschrittes geworden oder ein Hemmnis für den Fortschritt geblieben sei. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass in der Türkei immer wieder Gruppierungen aufkommen, die von der Politik her das Rad zurückdrehen möchten, besonders auch was den Laizismus betrifft. So etwa wird dem Führer der Wohlfahrtspartei, Necmettin Erbakan, nachgesagt, er wolle das Khalifat, also ein theokratisches System wiederherstellen. Die mindestens zuerst relativ dünne, durch die Schule des Kemalismus gegangene Schicht, so heisst es weiter, sei gerade dadurch dem Volk entfremdet worden, und so hätten sich für traditionell Privilegierte (zum Beispiel die Grossgrundbesitzer)

besonders gute Chancen ergeben, den Einfluss bei «ihren» Leuten zu bewahren und den «sozialen Fortschritt» zu verhindern.

Die politische Entwicklung

Mag dem sein wie immer: Jedenfalls gab es schon während der Diktatur Atatürks, der seine Reform mit Zwang durchsetzte oder durchzusetzen versuchte, negative Reaktionen auf diese. Und solche haben sich dann nach dem Zweiten Weltkrieg, als das türkische Volk von oben in die demokratische Freiheit entlassen wurde, besonders auch im politischen Leben ausgewirkt. Die Politiker nahmen, sobald es auf freie Wahlen zugeht, auf die traditionelle Einstellung sehr weiter Volkskreise Rücksicht, und zwar taten dies auch die Exponenten der dem Vorwurf des Atheismus ausgesetzten Republikanischen Volkspartei (in der jüngsten Wahlkampagne hat auch Bülent Ecevit Allah angerufen), oder sie suchten religiöse Gefühle geradehin für sich auszunutzen. In den ersten ganz freien Parlamentswahlen, 1950, siegte nicht die seit Atatürks Tod von Ismet İnönü geführte Republikanische Volkspartei, die bis dahin die Alleinherrschaft hatte, sondern die Demokratische Partei Adnan Menderes'. Dieses Volksverdikt war ohne Zweifel zu einem guten Teil als Auflehnung gegen die kemalistische Reform und gegen den Bürokratismus zu werten, mit dem diese durchgeführt wurde. Menderes war beileibe kein traditionalistischer Hinterwäldler, sondern nicht weniger modern eingestellt als seine Gegenspieler von der Volkspartei; er war, was Wirtschaftspolitik betrifft, im Unterschied zu diesen eher ein Lais-

sez-faire-Liberaler, für grossbürgerliche Kreise und Grundbesitzer jedenfalls alles andere als störend. Die Wählermassen, besonders auf dem Land, gewann er aber durch eine die altüberlieferten Lebensauffassungen ansprechende Propaganda, und er erhielt sich ihre Zuneigung, ja Verehrung, in der Folge unter anderm mit entsprechenden, das laizistische Prinzip etwa im Schulwesen durchbrechenden Konzessionen und den Bau von Moscheen. Seine nach mancherlei Seiten sehr entgegenkommende, zu einem guten Teil ebenfalls wahltaktische Wirtschaftspolitik wirkte sich auf die Dauer für das Ganze eher nachteilig aus.

Eingriffe der Armee

Im Mai 1960 wurde das Menderes-Regime durch eine Gruppe hoher Offiziere gestürzt. Am Ende eines grossen Prozesses wurden Todesurteile gegen Staatspräsident Bayar, Regierungschef Menderes und zwei Minister verhängt; nur Bayar wurde begnadigt. Die Demokratische Partei wurde verboten. Die Hauptvorwürfe gegen das gestürzte Regime lauteten: Korruption, Wiederaufkommenlassen rückschrittlicher Tendenzen, undemokratisches Verhalten. Die Regierung mit ihrer parlamentarischen Mehrheit hatte sich daran gemacht, die Rechte der Opposition drastisch einzuschränken. Auf die unterschiedlichen Motive und Absichten der verschiedenen Putschteilnehmer kann hier nicht eingegangen werden. Der Tendenz nach, die obenaus schwang, lässt sich die damalige vorübergehende Errichtung eines Militärregimes als ein Versuch interpretieren, die Türkei wieder auf den Weg des Kemalismus zu-

rückzubringen. Doch bei den Wahlen vom Herbst 1961 erreichte entgegen den Erwartungen der Militärs wiederum nicht die Republikanische Volkspartei das Übergewicht, sondern sie wurden eher zu einem Erfolg der Nachfolgeorganisation der Demokratischen Partei, der Gerechtigkeitspartei, die dann in den Wahlen von 1965 unter der Führung von Süleyman Demirel die absolute Mehrheit erlangte und diese bei den Wahlen von 1969 behielt – wieder zu einem guten Teil daher, weil sie das einfache Volk besser anzusprechen vermochte und Demirel in mancherlei Hinsicht ähnlich operierte wie Menderes. Ein weiterer korrigierender Eingriff der Armee folgte im März 1971: Ministerpräsident Demirel wurde zum Rücktritt gezwungen. Mit Fachleuten durchgesetzte beziehungsweise überparteiliche Kabinette regierten bis 1973 sozusagen unter der Vormundschaft der Militärs.

Die letzten Wahlen

Im Herbst 1973 gab es wieder freie Parlamentswahlen, und aus diesen ging endlich, ziemlich überraschend, die Republikanische Volkspartei, jetzt unter der Führung von Bülent Ecevit, als relativ stärkste Fraktion hervor. Am vergangenen 5. Juni hat Ecevits Partei Sitze hinzugewonnen, aber mit 213 der 450 Mandate in der Abgeordnetenkammer die absolute Mehrheit nicht erreicht. Auch Demirels Fraktion hat sich in den Juni-Wahlen wieder vergrößert (auf 189 Deputierte), und zwar auf Kosten seiner Konkurrenten zur Rechten, nämlich der von der Gerechtigkeitspartei nach der Aufhebung des Verbots von 1960 abgespaltenen neuen

Demokratischen Partei, die von 45 auf einen Sitz zurückgefallen ist, und der Wohlfahrtspartei, die 24 von ihren 48 Sitzen verlor, sowie wohl teilweise auch der aus der Volkspartei abgespaltenen Republikanischen Vertrauenspartei, die 10 von ihren 13 Mandaten einbüßte. Ecevit hat die Wähler links von der Mitte und auch diejenigen der extremeren Linken fast ganz hinter sich zu sammeln vermocht; Demirel ist eine solche Sammlung rechts von der Mitte weniger gut gelungen. Im ganzen gesehen kann das Wahlergebnis vom 5. Juni 1977 als «unentschieden» bezeichnet werden. Es zeigte sich eine (nicht ganz zum Durchbruch gekommene) Tendenz zum Zweiparteiensystem, zu einem System zweier im Kern durchaus gemäßigter Parteien – die aber nicht anzuhalten braucht. Ecevit profitierte offenbar davon, dass die kryptomarxistische Arbeiterpartei (TIP) sich von dem Verbot und den Schlägen, denen sie nach 1971 ausgesetzt war, noch nicht erholt hat und die legale Aktionsmöglichkeit extremerer Gruppierungen ganz allgemein durch gewisse Gesetzesartikel beschränkt ist. Sollte er sich mit seiner schon in der Wahlkampagne kundgetanen Absicht durchsetzen, das seit der Gründung der Republik bestehende «Kommunismusverbot» aufzuheben, könnte seiner Partei von links her Konkurrenz entstehen.

Extremisten links und rechts

Die politische Entwicklung der letzten zehn oder zwölf Jahre in der Türkei war nicht mehr nur durch die alte Auseinandersetzung zwischen den beiden grossen Parteien und die Spaltungen gekennzeichnet, denen sie ausgesetzt

waren, sondern namentlich auch durch neuartige, teilweise gewaltsame Aktivitäten von links und rechts aussen. Was diejenigen von «rechts» betrifft, gehören sie unter anderm in den Zusammenhang des Misslingens des kemalistischen Versuchs, breiteren Volkskreisen eine neue «Identität» zu geben: Von da her lässt sich der zeitweilige (relative) Erfolg der islamisch-fundamentalistischen Wohlfahrtspartei Necmettin Erbakans erklären wie auch das Aufkommen der nationalistisch-rechtsextremen Aktionspartei des ehemaligen Obersten und Putschisten von 1960 Alparslan Türkeş, die mit dem Appell an grosstürkische und «panturanische» Träume am 5. Juni als einzige der kleineren Parteien Stimmen hinzugewann und ihre Sitzzahl in der Kammer von 3 auf 16 erhöht hat. Was die Bewegung «links» (eine natürliche Folge der Modernisierung und Industrialisierung) betrifft, machte İnönü schon 1965 einen vorsorglichen Auffangversuch, indem er in der Volkspartei die Parole «Links von der Mitte» ausgab. Sein Nachfolger Ecevit vollzog dann eine eigentliche Wende und bezeichnete die Partei klar und deutlich als sozialdemokratisch. Dies dürfte als einer der wichtigsten Vorgänge der letzten Jahre anzusehen sein.

Ruhe statt Reformen

Es stellt sich die Frage, ob eigentlich Ecevits Partei noch der alten Republikanischen Volkspartei Atatürks und İnönüs entspreche. Die Kemalisten, die aus Ecevits Lager nach rechts ausgezogen sind, haben es bestritten: so Turhan Feyzioglu, der Chef der Vertrauenspartei. Ferner kann man sich fragen, ob

die hohen Militärs nach ihrem Eingriff von 1971 ebenso wie 1960 eine Rückkehr der Volkspartei, die inzwischen eine Wendung nach links vollzogen hatte, an die Macht wünschten. Jedenfalls wurde unter der «halben» Militärherrschaft zuerst der zwar aus der Volkspartei hervorgegangene, aber zu Ecevit Distanz haltende Nihat Erim Ministerpräsident, dann Ferit Melen von Feyzioglus Vertrauenspartei. Erim, dessen erstem Kabinett eine Gruppe jüngerer Technokraten angehörte, stellte, Forderungen der Militärs entsprechend, ein wirtschafts- und sozialreformerisches Programm auf, erhielt aber für dieses von seiten der hohen Offiziere zu wenig Rückenstärkung, als dass er sich in dem von sozialpolitisch konservativ eingestellten Kräften beherrschten Parlament durchzusetzen vermocht hätte. Der reformerische Elan nahm in Erims zweitem Kabinett stark ab und erlahmte unter Melen fast ganz. Der den hohen Militärs während des Interregnums von 1971–1973 am nächsten stehende Parteichef schien Feyzioglu zu sein, ein wohl etwa als «rechtsliberal» zu bezeichnender Politiker, der Staatsingriffe in die Wirtschaft möglichst beschränkt sehen will und damals vor allem sehr intensiv für alle Massnahmen eintrat, die der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung dienen sollten.

Veränderte Situation

Von dem Stichwort «Ruhe und Ordnung» aus lassen sich die beträchtlichen Unterschiede zwischen den Militärinterventionen von 1960 und 1971 wie auch die Änderung der Atmosphäre zwischen diesen beiden Ereignissen darstellen. Beiden Militäreingriffen sind Unruhen

vorangegangen. Im Frühjahr 1960 demonstrierten Studenten im Rahmen einer Bewegung des Protestes gegen diktatorische Allüren des Menderes-Regimes, das immer mehr dazu neigte, die Rechte der Volkspartei-Opposition und die Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit zu beschränken. Nicht diese Protestaktionen waren aber der Anlass zum Militärputsch, sondern unter anderem vielmehr der Umstand, dass die Offiziere im Einsatz von Truppen gegen die Studenten einen Missbrauch der Armee sahen. Die Militärs intervenierten 1960 nicht nur im Namen des Kemalismus gegen wirklich oder angeblich rückschrittliche Tendenzen des Menderes-Regimes, sondern auch im Namen von Freiheit und Demokratie gegen dessen Repressionsmethoden. Am 12. März 1971 hingegen forderten die Militärs die Einsetzung eines starken Kabinetts; sie wandten sich gegen eine Regierung, die infolge der Abspaltung aus der Gerechtigkeitspartei nicht mehr sehr handlungsfähig und deren Autorität angeschlagen war (unter anderem wegen Korruptionsaffären) und die die Zügel schleifen liess, obwohl linksextremistische Gruppen (und teilweise auch rechtsextremistische) mit Banküberfällen, Entführungen und blutigen Auseinandersetzungen eine Aktivität entfalteten, die beunruhigende Ausmasse annahm. Die Armee stand 1960 sozusagen mit den demonstrierenden Studenten gegen die in bestimmten Hinsichten konservative Regierung; 1971 aber warf sie der Regierung Demirel vor, gerade das nicht getan zu haben, was 1960 die Regierung Menderes getan hatte: nämlich nicht energisch gegen die Unruhen eingeschritten zu sein. Die Demonstrationen von 1960 sind allerdings mit den Umtrie-

ben, die den Militäreingriff von 1971 zur Folge hatten, nicht zu vergleichen. Die Linksextremisten und die «ausserparlamentarische Opposition» der späten sechziger und ersten siebziger Jahre zielten (wie Ähnlichgesinnte in Westeuropa) auf einen gewaltsamen Umsturz des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems ab. Wie gross ihre Aussichten waren, ihr Ziel zu erreichen, und wie gross ihr Anhang war, ist eine andere Frage.

Kampagne gegen die Linke

Die oberste Armeeführung forderte aber im März 1971 nicht nur die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, sondern, um der linksextremistischen Agitation den Boden zu entziehen, auch sozial- und wirtschaftspolitische Reformen. Die erste Forderung wurde, nach der Verhängung des Kriegsrechts, zunächst einmal erfüllt, und es wurden entsprechende Verfassungsänderungen (so zur Schaffung von Staatssicherheitsgerichten) gutgeheissen. Der Mehrheit im Parlament schien daran bedeutend mehr zu liegen als an den Reformen, ja es wurde offenbar von konservativer Seite versucht, die Gelegenheit nicht nur zu einer Niederschlagung des gewalttätigen Linksextremismus, sondern überhaupt zu einer Eindämmung oder Ausschaltung aller Elemente zu benutzen, die so etwas wie eine Linkstendenz zeigten oder auch nur im Geruch standen, sogenannt sozialistische Ideen zu haben. Im Herbst 1972 etwa war in der Türkei das Klima der Repression (Folterungen von «politischen» Untersuchungshäftlingen, Verurteilung reiner «Gesinnungstäter» zu langjährigen Gefängnisstrafen) ärger,

die Besorgnis in Intellektuellenkreisen (auch in durchaus nicht «kommunistischen») wegen der Eventualität, verhaftet zu werden, weiter verbreitet als im damals noch unter der Herrschaft der Obersten stehenden Griechenland – dies obwohl in der Türkei die demokratischen Formen (äusserlich wenigstens) gewahrt wurden: das frei gewählte Parlament tagte weiter, die Immunität der Senatoren und Abgeordneten, auch derjenigen der Arbeiterpartei, wurde strikte respektiert. Von den Parlamentariern erhob aber, ausser Ecevit, kaum einer vernehmbar die Stimme gegen die Exzesse der Militärgerichte. Man konnte damals den Eindruck haben, als sollten gerade diejenigen Angehörigen der Elite mundtot gemacht werden, die zur Diskussion über Reformen einen Beitrag hätten leisten können oder für eine evolutionäre Entwicklung hätten gewonnen werden müssen.

Ecevits reformierter Kemalismus

Die hohen Offiziere schienen 1971 und danach unschlüssig darüber zu sein, was für wirtschafts- und sozialpolitische Tendenzen von ihnen gefördert werden sollten. Auch darin spiegelte sich die veränderte allgemeine Situation wider, eine Situation, die eben wohl doch mit den von Atatürk vor mehr als einem halben Jahrhundert aufgestellten Prinzipien allein nicht mehr zu bewältigen ist – gerade weil diese Prinzipien trotz allem eine Wirkung gehabt haben und die Türkei sich entwickelt hat. Vielleicht war es 1960 noch leichter oder weniger problematisch als 1971 oder heute, zu definieren, was «Kemalismus» sei oder wer sich in seinem Handeln

auf den eigentlichen Geist des Staatsgründers berufen könne. In Kreisen von Ecevits Volkspartei liebt man es, von einem «Kémalisme de papa» zu sprechen, der überholt sei. Ecevits eigene Reformideen, so etwa diejenige von einem Volkssektor zwischen den schlecht rentierenden Staatsbetrieben und den privaten Unternehmen, müssen allerdings erst noch konkretere Gestalt annehmen.

Übrigens hat nach dem 1973 erfolgten «Rückzug der Militärs in die Kasernen» trotz den vorher vom Parlament verabschiedeten Staatsschutzbestimmungen die Ruhe nur vorübergehend angehalten. In den letzten zwei Jahren kam es zeitweise fast täglich zu «politischen» Schiessereien und Bluttaten, an denen nun aber Extremisten von der Rechten – namentlich auch die «Grauen Wölfe» der Aktionspartei Türkeschs, der seit 1974 neben Erbakan und Feyzioglou Vizeministerpräsident in Demirels Koalitionsregierung war – wohl mindestens ebenso stark beteiligt waren wie solche von der Linken. Und man konnte die Meinung vertreten hören, die Behörden hätten den Versuchen der ersteren zur Niederknüppelung von «Kommunisten» oder Sozialisten (unter diesen auch Anhänger Ecevits) mit nicht immer missfälligen Augen zugesehen.

Ecevit ist der Ansicht, dass die extremere Linke, wenn man ihr durch die Aufhebung des «Kommunismusverbots» (mit der übrigens seinen Erklärungen nach ähnliche Lockerungen zugunsten der islamischen Rechten verbunden sein sollen) die offene, legale Aktivität ermögliche, sich auch eher legal verhalten werde. Er hat, indem er in seinem Wahlkampf ein freieres Klima in Aussicht stellte, weite Kreise der

Intelligenz, wie etwa auch der Lehrerschaft für sich gewonnen und (unter anderm aufgrund der Empfehlungen von Gewerkschaften) den grössten Teil der Arbeiter; und er hat Einbrüche auf dem Land erzielt, wo offenbar die traditionellen Honoratioren und Grundbesitzer die Stimmabgabe «ihrer» Bauern nicht mehr so gut zu lenken vermögen wie früher. Das heisst, er hat zunächst einmal eine Sammlung von Elementen zustandegebracht, die mit fortschreitender Modernisierung immer mehr geneigt sein könnten, links-extrem zu wählen. Die für die fernere Zukunft wesentliche Frage nach dem unentschiedenen Wahlausgang vom 5. Juni lautet vielleicht nicht, ob es einer der grossen Parteien einmal gelingen werde, wieder die absolute Mehrheit zu erlangen, sondern, ob beide gemässigten Formationen – die eine sozialdemokratisch, die andere bürgerlich – sich auf die Dauer so stark zu erhalten vermögen, dass die Extreme links und rechts weiterhin eher vorübergehende Randerscheinungen bleiben.

Das Resultat

Die Armee hat zweimal energisch in das türkische politische Leben eingegriffen, und sie stand auch in der Zwischenzeit und steht wohl auch heute noch als eine zum Eingreifen fähige Macht hinter diesem politischen Leben. Ihre beiden grossen Eingriffe erfolgten in erster Linie auch im Namen der Demokratie. Das war in der Türkei nicht ein blosses Wort, sondern beide Male erfolgte wirklich die Wiederherstellung freier Zustände. Dies war, so könnte man sagen, bedenkenlos möglich, und zwar ohne Zweifel zu einem guten Teil daher, weil es in der Türkei eine vom

Kemalismus geprägte, aufgeschlossene, Atatürks Willen entsprechend europäisch-modern gebildete Elite gibt und aus dieser hervorgegangene Politiker, denen es (abgesehen von gewissen ausgefallenen Figuren) eine Selbstverständlichkeit ist, sich an das Prinzip der Demokratie zu halten – mögen sie auch ihr politisches Spiel in den Einzelheiten sehr oft in einer Art spielen, die westeuropäischen Vorstellungen (oder genauer: nördlich und westlich der Alpen als gut geltenden Bräuchen) nicht unbedingt entspricht, und mögen Mehrheiten auch immer wieder versucht haben, ihre Position oder gewisse Privilegien durch gesetzgeberische Sondermachenschaften zu zementieren. Es gab und gibt zwar in der Türkei auch nach Atatürk und neben und nach İnönü «charismatische Persönlichkeiten» (wie Menderes oder heute vielleicht in Ansätzen Ecevit); aber es gibt, im Gegensatz zu andern Ländern jener Weltregion, nicht mehr die eine, meist aus dem Militär hervorgegangene und sich auf das Militär stützende Person, mit der das System fast im ganzen steht oder fällt, deren Macht nur durch Tod oder Putsch zu Ende geht und deren Nachfolger eventuell den Kurs des Staatsschiffs radikal ändert – mit allen negativen Auswirkungen, die die Befürchtung einer solchen Änderung auf die Tätigkeit und den Aufbauwillen der Bürger hat. Die Türkei hat offenbar eine solche Person längst nicht mehr nötig. Das türkische kemalistische System stand und fiel schliesslich auch nicht mit der Person des grossen Diktators Atatürk: sein Tod hatte keinerlei Erschütterung, keinen Machtkampf zur Folge, und dies war schon ein unbedingt positives politisches Ergebnis seiner «Kulturrevolution».

Man kann sich immerhin fragen, ob es nicht ein Glück für die Türkei sei, dass diese «Kulturrevolution» nicht schnell ganz durchdrang, ob nicht breite Volkskreise, hätte man sie ganz aus überkommenen Lebensgewohnheiten herauszureissen und des Haltes in der Religion zu berauben vermocht, sozusagen ins Leere gefallen und für irgendwelche extremistische Ideen viel anfälliger geworden wären, was kaum eine sonderlich gute Voraussetzung für die

Demokratie ergeben hätte. Dass aber die «Kulturrevolution» Atatürks bis zu einem gewissen Grade eben doch durchdrang: dem verdankt es wohl die Türkei zu einem guten Teil, dass sie heute ungleich stabiler und viel weniger der Gefahr abrupter Wechsel ausgesetzt zu sein scheint als andere Staaten der Region, ja vielleicht sogar weniger als gewisse europäische Staaten.

Ferdinand Hurni

ARNOLD BÖCKLIN (1827–1901)

Zur Ausstellung im Basler Kunstmuseum

Als Fontanes Effi Briest mit ihrer Mutter eine Woche in Berlin verbrachte, um ihre Ausstattung zu besorgen, stand für die angehende Dame der Gesellschaft auch ein Museumsbesuch auf dem Programm. «*Am dritten oder vierten Tage gingen sie, wie vorgeschrieben, in die Nationalgalerie, weil Vetter Dagobert seiner Cousine die <Insel der Seligen> zeigen wollte.*» Der Name des Malers wird nicht genannt, er musste 1895, als der Roman erschien, wohl auch nicht genannt werden. Arnold Böcklin galt damals als einer der Grössten der deutschen Malerei.

Wer in diesem Sommer nach Basel kommt, wird nicht versäumen, die Böcklin-Ausstellung im Kunstmuseum zu besuchen, die – um mit dem Pathos von Jubiläumsfeiern zu reden – die Vaterstadt ihrem grossen Sohn zum 150. Geburtstag bereitet hat. Die «*Gefilde der Seligen*» freilich wird er nicht finden – das Bild ist seit 1945 verschollen –, dafür die verwandte «*Lebensinsel*» und überhaupt fast alle be-

rühmten Bilder dieses phantastischen Erfinders, dazu viel Unbekanntes: Jugendwerke, plastische Arbeiten und eine umfangreiche Auswahl aus seinen Zeichnungen. Der prachtvoll ausgestattete Katalog ist zu einer materialreichen Böcklin-Monographie angewachsen, ein Böcklin-Fest ist geplant, die Böcklin-Medaille von 1897 ist neu geprägt worden.

Böcklin-Besprechungen pflegen heute – halb Entschuldigung, halb Vorwurf – mit einem Blick auf die seltsame Ruhmesgeschichte zu beginnen. Zwischen Berlin um die Jahrhundertwende und Basel 1977 liegen in der Tat Jahrzehnte, in denen Böcklins Grösse geradezu geleugnet wurde. Als man in Deutschland den französischen Impressionismus zu rezipieren begann, als es unschicklich wurde, Bilder «literarischen» Inhalts zu malen, da wurde Böcklin suspekt. Man ertappte sich über populär-sentimentalen Anwandlungen beim Betrachten der «Toteninsel» und verurteilte mit solcherlei Gefühlen zu-

sammen auch das Bild, das sie hervorrief. Und jetzt, da nachgerade die letzten Exemplare der Legion von Toteninselreproduktionen vergilbt und zerschlissen sein dürften, hängt in Basel das Original an ausgezeichneter Stelle und übt durch den Türrahmen hindurch über den einen Saal hinaus seinen lautlosen Sog aus in die dunkle Tiefe. Im Zug der Revision von Pauschalurteilen über das 19. Jahrhundert war die Rehabilitierung Böcklins fällig. Die Zeugnisse von Symbolisten und Surrealisten, die in ihm einen Ahnen erkannten, gewannen an Gewicht. Und der Neue Realismus hat den Blick geschärft für diese malerische Präzision, die mehr ist als naturalistische Imitation.

Das will nicht heissen, dass wir nicht auch heute noch einige Mühe hätten mit einzelnen Bildern. Die Basler Ausstellung ist ehrlich genug, die beträchtlichen Unterschiede auch in bezug auf die Strapazierung unseres Geschmacks nicht zu verwischen. Da ist etwa die grotesk übersteigerte Schaueranekdote eines von grässlichen Furien verfolgten blutigen Mörders (im selben Jahr 1870 entstanden wie die klassische Ideallandschaft eines «*Gang nach Emmaus*» und die Ölskizze eines zerschossenen Hauses bei Strassburg, die gerade wegen ihrer unambitiös reportierenden Sachlichkeit nahegeht); da sind die steif posierenden Allegorien, etwa die auf Wolken thronende und lastende Muse Klio; und da sind die Beispiele gemüthlicher Gartenlaubenbilderbogen.

Aber gerade bei diesen Anflügen von Spiessbürgeridyllik wird man sich fragen müssen, ob da nicht auch satirischer Basler Humor mit im Spiele sei, wie er sich in gezeichneten, gemalten und in Sandstein gehauenen Fratzen und Larven ganz unverhohlen äussert.

Einem Freund, der ein «lustiges Bild» bestellte, hat Böcklin einen sich geiselsenden Einsiedler in öder Felslandschaft geliefert. Der Basler Kunstkommission hinwiederum, der auch Jacob Burckhardt angehörte und die dem Maler bei den Fresken für das Museum an der Augustinergasse am Zeug herumflickte, hat er zu Magna Mater, Flora und Apoll mit sichtlich leichter Hand noch zwei unbestellte Kritikasterkarikaturen auf den frischen Kalk gepinselt.

Böcklin selbst ist – nomen est omen – einer jener bocksfüssigen Pane und Faune, die in trügerischer Mittagsstille, zur Stunde des Pan, die schläfrigen Hirten erschrecken und verstören, wie er es in einem Gemälde von 1860 dargestellt hat. So jedenfalls muss er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewirkt haben. Ohne viel Rücksicht auf den Geschmack seines Publikums zu nehmen, hat er es mit immer wieder neuen Bilderfindungen aus der Ruhe des Gewohnten aufgeschreckt. Für uns scheint er mit seinen «Bizarrerien» und Paradoxien, mit der Identität von Bock und Gott, von Dämonie und Biedermeier seine Zeit zu umfassen wie kaum ein anderer. Erschreckend war ja nicht allein das Neuartige, sondern mehr noch die Tatsache, dass da beiseitegeschobene, nicht eingestandene Träume, Wünsche und Ängste eines ganzen Zeitalters Bild wurden. Zwischen Lust und Tod, zwischen Erotik und Melancholie verlaufen die Spannungsbögen. Das berühmte Bild «*Odysseus und Kalypso*» enthält beides, getrennt durch unfruchtbaren Fels: das Fernweh des säulengleich aufgerichteten Mannes in Blau und das sinnliche Verlangen der Frau auf dem brennenden Rot ihres Teppichs vor der Höhle. Der

Rückgriff auf antike Figuren und Fabelwesen ist nicht Flucht aus der Gründerzeit, sondern mythische Vision dessen, was unter der Oberfläche ist, aber darum nicht weniger in die Gegenwart wirkt.

Die moderne Technik, etwa die Eisenbahn, erscheint meines Wissens nicht im Werk Böcklins. Andererseits hat dieser Maler aber leidenschaftlich an der Entwicklung eines Flugapparates gearbeitet. Er hat den Vogelflug studiert, Aufsätze veröffentlicht und seine – physikalisch offenbar nicht haltbare – Idee mit solcher Überzeugung verfochten, dass er 1883 die Unterstützung der militärischen Luftschifferabteilung in Berlin für seine Experimente gewann. «*Ich pfeife auf meine ganze Malerei, wenn mir die Verwirklichung dieser Idee nicht gelingt*», soll er geäußert haben. Die Basler Kunsthalle zeigt parallel zur Ausstellung im Kunstmuseum die Konstruktionsskizzen und das danach angefertigte Modell einer Flugmaschine und ordnet Böcklin ein in die Reihe jener bewusst oder unbewusst utopischen Flugpioniere unter den Künstlern, die mit Leonardo da Vinci beginnt und mit Tatlin ins 20. Jahrhundert, mit Panamarenko in unsere unmittelbare Gegenwart führt. Den ersten Flug der Brüder Wright hat Böcklin, der 1901 starb, nicht mehr erlebt. Er glaubte ohnehin, ohne Antrieb, nur mit Hilfe des Windes und mit planen Leinwandflächen in die Höhe zu kommen. «*Ohne Wind, erklärte er, weder fliegen zu können noch zu wollen*», überliefert sein Sohn Carlo.

Da trotz gewissermassen vorwissenschaftliches Beobachten und Erkennen, das dann doch in den mythischen Motiven der Malerei seine Erfüllung gefunden hat, in einer vorrationalen Ein-

heit von Mensch und Natur. Prometheus liegt da über ein ganzes Gebirge geschmiedet, zunächst kaum erkennbar in den ineinanderübergehenden Blau von Fels und Wolken. Die vielen Zwitterwesen in Böcklins Werk verkörpern solche Einheit: der grandiose Urkampf der Kentauren, die Tritonen und Nereiden, das «*Spiel der Najaden*», das die Meeresbrandung als vitale Lust personifiziert.

Wir müssen uns vor Augen halten, dass diese fischschwänzigen und ziegenfüssigen Geschöpfe, die uns nachgerade vertraut vorkommen (wenn auch ein Rest von Befremden nie ganz verschwinden wird), von Böcklin wenn nicht erfunden, so doch erst eigentlich in die Welt gesetzt worden sind. Das Eigenartige an ihnen ist ja weniger der Verstoss gegen die Biologie als die malerische Perfektion ihrer handgreiflichen Präsenz. Die Hufspuren der Kentauren im Schnee, die lädierte Struppigkeit des Einhorns, der Perlmutterglanz auf dem Schuppenschwanz des rothaarigen Fischweibs und das feuchtschimmernde Ornament auf dem grau-grünen Leib ihres Partners («*Meeresstille*») – all diese Details sind so «naturgetreu», der Realismus in der Darstellung des Phantastischen geht so weit, dass man schon gar nicht mehr daran denkt, die Wirklichkeit dieser «*schimmernden Seifenblasen der Phantasie*», dieser «*reizenden und geheimnisvollen Farbenepigramme*» (so hat Gottfried Keller Böcklins Bilder charakterisiert) in Zweifel zu ziehen. Bezeichnenderweise sollen sich die Zeitgenossen vor der genannten «*Meeresstille*» ausschliesslich darüber gestritten haben, ob es die im Bild vorkommende schwarzköpfige Möwenart gebe!

Böcklins Biographen rühmen seine

Beobachtungsgabe und seine aussergewöhnliche Fähigkeit, optische Eindrücke im Gedächtnis zu bewahren und sie dann «auswendig», ohne Modell und oft ohne vorbereitende Skizzen in seinen Gemälden zu verwenden. Das sichert auch den idealen Landschaften die nötige Lebensnähe. Die «Toteninsel» mag als eine aus der Unergründlichkeit dunkler Meerestiefe aufsteigende Traumvision erscheinen – ihre Felsen und Zypressen sind doch so «echt», dass sie diesseits der Unverbindlichkeit verankert bleibt. Andererseits bewahrte sich Böcklin beim Schaffen nach der inneren Vorstellung Freiheit und eine gewisse Spontaneität, auch wenn er, wie es häufig vorkam, von einem Motiv mehrere Fassungen malte. Die Leipziger «*Toteninsel*» ist entscheidend anders als die Basler Erstfassung, und von den Variationen über das Thema «*Villa am Meer*», «*Ruine am Meer*», die von 1859 bis in die achtziger Jahre hinein entstanden, hat jede ihre charakteristische Eigenart.

So präzisiert Böcklins optische Erinnerung gewesen sein, dass er Jahre nach dem Tod eines Bekannten dessen Porträt malen konnte. Die Porträtmalerei war ihm zwar laut eigenen Äusserungen zuwider, und in den Basler Jahren wird er sie vor allem betrieben haben, um seiner Familie den Lebensunterhalt zu sichern. Aber einzelne Arbeiten gehören doch zu seinen schönsten Bildern, darunter einige, die,

gleichsam nebenher entstehend, in reizvoll unvollendetem Zustand gelassen sind: Bildnisse seiner Töchter Lucia und Clara; das meisterliche, skizzenhaft frische Porträt Gottfried Kellers; das in den letzten Lebensjahren angefangene Selbstbildnis für die Uffizien. In ihm hat sich der alte Maler nicht herausfordernd-repräsentierend dargestellt wie im grossen Basler Selbstbildnis von 1893, sondern am Tisch sitzend, wartend. Eben weht ein Luftzug den lichten Fenstervorhang ins Atelier. Das erinnert an jene fast trotzig Bemerkung, dass er «ohne Wind» weder fliegen könne noch wolle. Wind nun als Pneuma, als Inspiration verstanden, wie er auch den blauen Schleier der «*Flora*» von 1875 aufbläht oder die Haare der flötenspielenden «*Muse des Anakreon*» zum Flattern bringt, in der man auch deswegen die Muse Böcklins erkennen möchte, weil sie in Farbe und Komposition Pendant sein könnte zu dem in Basel nicht ausgestellten Hamburger Selbstbildnis. Im irrationalen Raum der Malerei war der Wind Böcklin günstig: die Flügel, welche ihm die Gesetze der Physik in der Wirklichkeit versagten, sind ihm hier gelungen, im übertragenen geistigen wie im bildhaft wörtlichen Sinne. Noch in der letzten Vision des Künstlers, der «*Pest*», kommt der Tod auf schwarzflügeligem Drachen über die Lebenden.

Uli Däster